

SOZIALER ZUSAMMENHALT IM WANDEL DER ERWERBSARBEIT-

Gesellschaft, oder warum die bedarfsorientierte Mindestsicherung nicht genügt, sondern ein allgemeines, erwerbsunabhängiges Grundeinkommen notwendig ist.

Lieselotte Wohlgenannt

- WENN das Versprechen auf einen Arbeitsplatz für jede und jeden nicht einlösbar ist,
 - WENN das Einkommen aus Erwerbsarbeit nicht immer zum Leben reicht,
 - WENN unsere Wirtschaft auf Wissen, Innovation und Flexibilität aufbaut,
- braucht es einer allgemeinen Grundsicherung, um die Arbeit vom Zwang der Einkommensermittlung zu befreien:

Grundeinkommen:

Allgemein – Existenz sichernd - personenbezogen - Arbeits-unabhängig - leistungsfreundlich - demokratisch, d.h. für alle, ohne Kontrolle von Arbeitsfähigkeit, Arbeitswilligkeit, familiärer, pflegerischer Verpflichtung oder freiwilliger Arbeit oder Leistung, von Fortbildung oder Studienerfolg und ähnlichen Dingen, wie sie bei Anträgen von Sozialhilfe geprüft werden müssen. Und ohne Berücksichtigung von familiären oder partnerschaftlichen Beziehungen, wie sie bei der Notstandshilfe geprüft und angerechnet werden.

Wandel der Arbeitsgesellschaft

Die mit der Industrialisierung verbundene Erwerbsarbeitsgesellschaft gibt es nicht mehr. Die Industrie hat ihre Bedeutung behalten, nicht aber die Arbeiter. 2/3 der Arbeitsplätze finden sich im Dienstleistungsbereich, gekennzeichnet durch flexiblen Arbeitseinsatz, große Einkommensunterschiede, Entsolidarisierung als Folge von Diversifizierung, Auflösung traditioneller Arbeitsverhältnisse, die durch neue Formen der Zusammenarbeit ersetzt werden.

Die Veränderungen der Arbeitswelt stellen hohe Anforderungen in Bezug auf berufliche, zeitliche und örtliche Mobilität. Um menschlich zumutbar und sozial verträglich zu sein, müsste diese Flexibilität der Arbeits- und Lebensgestaltung durch eine existenzsichernde, erwerbsunabhängige Grundsicherung abgedeckt werden.

Rückgang der Erwerbsarbeit - Arbeitslosigkeit und Teilzeitbeschäftigung

Im Jahresdurchschnitt 2003 suchten in Österreich 240.000 Männer und Frauen einen Arbeitsplatz, wozu noch jeweils über 40.000 Personen in einer Ausbildungsmaßnahme des AMS (Arbeitsmarktservice) zu zählen wären. Demgegenüber wurden im Durchschnitt 22.000 offene Stellen angeboten – rein rechnerisch eine offene Stelle für 13 Bewerber!

Statistisch betrachtet liegt Österreich mit einer Arbeitslosenrate von 4.3% nach internationaler Berechnung (7% nach österreichischer Berechnung für 2003) im EU-Vergleich sehr günstig; lediglich Luxemburg und die Niederlande haben eine niedrigere Arbeitslosenquote aufzuweisen. Der EU-15 Durchschnitt liegt bei 7,7 %, Deutschland und Frankreich haben Arbeitslosenquoten zwischen 8 und 9%, Länder wie Griechenland und Spanien weisen 10% Arbeitslose und mehr aus, und die meisten Beitrittsländer kämpfen mit noch höheren Arbeitslosenraten.

Die reale Entwicklung der Beschäftigung wird verschleiert durch eine starke Zunahme von Teilzeitbeschäftigung und geringfügigen Arbeitsverhältnissen. In Österreich sind rund 37% der Frauen teilzeitbeschäftigt, gegenüber 3% der Männer. Teilzeitarbeit bedeutet, dass Arbeitsplätze aufgeteilt werden – und gleichzeitig die damit verbundenen Einkommen. Arbeitslosigkeit, Teilzeit und geringfügige Beschäftigung¹ sind Formen von Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Eine Folge ist die Zunahme des Phänomens der „working poor“ – von Menschen, die arbeiten, aber vom Erlös ihrer Arbeit nicht leben können. Viele dieser atypisch Beschäftigten leben in ständiger Unsicherheit und im Wechsel von Arbeit und Arbeitslosigkeit, und ihre Zahl nimmt in Europa seit Jahren zu.

¹ Beschäftigung mit einem maximalen Einkommen von 316,19 Euro monatlich

Im Gegensatz zu den Politikern sind Sozialforscher überzeugt: die Vollbeschäftigung kommt nicht wieder, auch wenn die demographischen Veränderungen - wenn weniger Junge die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Älteren ersetzen - diese Entwicklung bremsen könnten.

Steigende Produktivität und sinkende Lohnquote

Um die Hintergründe dieses Wandels in den Blick zu bekommen, müssen die längerfristigen Entwicklungen beachtet werden:

Während die Produktivität der Wirtschaft vor allem durch die technische Entwicklung, neue Verfahren und Technologien, neue Produkte in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger regelmäßig gestiegen ist, ist der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen zurückgegangen, wie eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts zeigt. (Marterbauer/ Walterskirchen, WIFO 2002)

Das heißt:

Bei steigender Produktivität wurde der Anteil der Unselbständigen am Volkseinkommen geringer. Die Arbeitslosigkeit stieg, teils als Ursache teils als Folge. Geringere Masseneinkommen bedeuten weniger Konsum, und wenn die Nachfrage stagniert, auch weniger Investitionen und wenig Impulse für die Wirtschaft

Während der Anteil der Arbeit am Volkseinkommen zurückging, stieg jener der Besitzeinkommen von 1970 bis 1997 von 7 auf 23%.

Unfinanzierbarkeit des Sozialstaats ?

Sinkende Lohnquote bedeutet auch geringere Einnahmen für Sozialversicherungen und andere lohnabhängige Abgaben wie den Familienlastenausgleichsfonds. Die Folge sind Sparmaßnahmen, die vor allem jene treffen, die ohnedies am wenigsten haben: Arbeitslose, Frauen, Kranke, Alte.

Die weitere Folge: Armut von Arbeitslosen, Teilzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich, Frauen, Familien mit mehreren Kindern - mit all ihren Konsequenzen wie erhöhte Anfälligkeit für Krankheit, schlechte Wohnverhältnisse, verringerte Bildungschancen der Kinder, gesellschaftliche Ausgrenzung. Armut spaltet die Gesellschaft.

Notwendigkeit einer Steuer- und Abgabenreform

Unsere Gesellschaft ist reicher als je, die "Unfinanzierbarkeit" wesentlicher gesellschaftlicher Einrichtungen ist in erster Linie durch die Bedeutung der Finanzierung über Erwerbsarbeit bedingt.

Sparen - speziell bei Ausgaben des Sozialstaats - löst das Problem nicht, weil weniger Geld bei denen, die es zum Leben brauchen und darum auch ausgeben, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bremst.

Die notwendige Steuerreform müsste die Erwerbsarbeit von Steuern und Abgaben entlasten, die entstehenden Lücken müssten durch eine Produktivitätsabgabe und durch verschiedene Formen von Energie- und Umweltsteuern geschlossen werden.

Als erster Schritt für ein Grundeinkommen sollte ein Allgemeiner Absetzbetrag in spürbarer Höhe eingeführt werden, der immer dann (als Differenz) ausbezahlt wird, wenn keine Steuer zu bezahlen ist oder die errechnete Einkommensteuer niedriger ist als der zu beanspruchende Absetzbetrag.

Deshalb müssten im Rahmen der Steuerreform auszahlbare Absetzbeträge (Negativsteuer) für all jene eingeführt werden, denen die "Steuerentlastung" nichts bringt, weil sie zu wenig verdienen, die aber trotzdem von der Erhöhung der Energiesteuer und der Einführung von Selbstbehalten betroffen sind!

Befreiung der Arbeit durch Grundeinkommen

Arbeit sinnvoll gestalten:

Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass nur Erwerbsarbeit wirkliche Arbeit ist. Zwar wird nur Erwerbsarbeit also solche bezahlt und zählt in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Trotzdem ist es nicht das Geld, das der Arbeit Sinn und Würde verleiht. Auch heute noch ist die Zahl jener Arbeitsstunden, die in Haushalt und Kindererziehung, Pflege von Kranken und Betreuung von alten Menschen, und in vielen Bereichen freiwillige Engagements, von der Lokalpolit Feuerwehr, für Umwelt und Dritte Welt, ohne Bezahlung geleistet werden, höher als jene der in bezahlte Arbeit investierten Stunden.

Keine Arbeit um der Arbeitsplätze willen!

Wenn - entsprechend der aktuellen Doktrin - möglichst viel der bisher unbezahlt geleisteten Arbeit in Erwerbsarbeit verwandelt würde, könnte der Geldumlauf erhöht, mehr Steuern und Abgaben bezahlt werden. Der Wert dieser gesellschaftlich notwendigen Leistungen ändert sich damit nicht. Wirklich reicher würden wir nicht, sofern sich die Menge der geleisteten Arbeit nicht ändert. Im Gegenteil: Wo nur noch das Geld zählt, wo Beziehungen immer mehr über finanzielle Transaktionen laufen, wird der gesellschaftliche Zusammenhalt nach und nach zerstört. Eine Gesellschaft, in der alles über Geld verrechnet würde, ist eine Horrorgeschichte.

Arbeitsplätze zu fordern / zu schaffen, weil die Arbeitsgesellschaft keinen anderen Weg weiß, die gemeinsam erarbeiteten Mittel zu erteilen, ist in letzter Analyse menschenverachtend.

Ökonomisch wirtschaften

Ökonomisch wirtschaften ist etwas anderes als das, was der Neoliberalismus als solches anerkennt. Aber auch die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Vorstellungen, die im Recht auf einen Erwerbsarbeitsplatz die Erfüllung menschlichen Lebens sehen, entsprechen einer verengten Sichtweise.

Ökonomie hat zu tun mit sparsamem Mitteleinsatz für ein möglichst befriedigendes Resultat, also mit Nachhaltigkeit, mit schonendem Umgang mit den Gütern der Erde - und mit menschlichem Leben.

Das alles hat nicht primär mit Geld zu tun, auch wenn Geld ein praktisches Instrument ist, ein Mittel, das als solches kein Selbstzweck sein kann.

Gutes Leben als Ziel

Es ist heute vielen Menschen bewusst, dass hohe materielle Standards oft auf Kosten der Lebensqualität erworben werden. Dazu kommt das Wissen, dass materielles Wachstum an Grenzen stößt, und dass westlicher Lebensstil nicht auf acht oder zehn Milliarden Erdenbürger ausdehnbar ist.

Wenn Grundeinkommen mehr sein soll als ein Mittel, extreme Armut zu vermeiden, mehr als ein Almosen, um Arbeitslose ruhig zu halten, braucht es zusätzliche gesellschaftliche Impulse.

Es braucht gesellschaftliche Initiativen - wie etwa jene für den freien Sonntag, für fairen Handel, für biologische Landwirtschaft, Es braucht soziale Bewegungen, die soziale Zusammenhänge sichtbar machen und sich einsetzen für soziale und für weltweite Gerechtigkeit. Es braucht Menschen, die bereits sind, mit anderen zusammen neue Formen der Lebensgestaltung zu entwickeln, an einer anderen Welt zu bauen, in der alle Menschen leben können.

Lebensqualität - statt rein quantitativem Wachstum - als Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik müsste zusätzliche Faktoren in die Bemessung des Wohlstands einbeziehen. Verfügbare Zeit, Umweltqualität, Entwicklungsmöglichkeiten für Familien, Chancengleichheit könnten einige dieser Kriterien darstellen.

Eine materielle Grundsicherung könnte wesentlich dazu beitragen, neue Werthaltungen und Lebensstile zu entwickeln, die einen schonenden Umgang mit den Ressourcen der Erde mit hoher Lebensqualität zu verbinden suchen und - in Verbindung mit freierer Verfügung über die Zeit - jene Bewegungen stärken, die sich für "Umwelt, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" einsetzen.

Lieselotte Wohlgenannt ist Mitarbeiterin der Katholischen Sozialakademie Österreichs mit den Schwerpunkten Sozialpolitik, Grundeinkommen, Familienpolitik und Internationale Gerechtigkeit.

Dr. Lieselotte Wohlgenannt

Adresse: Katholische Sozialakademie Österreichs
A-1010 Wien, Schottenring 35/DG

Telefon: 310 51 59/ 76

E-mail: lieselotte.wohlgenannt@ksoe.at